

Antrag

Hannover, den 23.06.2020

Fraktion der FDP

Niedersachsen vorbereiten- Gefahr einer zweiten Pandemiewelle ernst nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Das Robert Koch-Institut (RKI) rechnet in der Corona-Krise fest mit weiteren Ansteckungs- und Ausbreitungswellen. Dafür sprechen mehrere Faktoren wie beispielsweise die Tatsache, dass die Bedingungen für eine Infizierung und eine Erkrankung im Herbst und Winter günstiger seien als im Sommer, oder aber auch, dass die Lockerungen bei den Kontaktbeschränkungen zu regionalen Hotspots führen können. Niedersachsen sollte sich daher auf die Möglichkeit einer solchen weiteren Infektionswelle vorbereiten, auch vor dem Hintergrund, dass das Virus mutieren könnte oder ein neuartiges Virus eine neue Pandemiewelle auslösen könnte. Hinzu kommt, dass spätestens ab Dezember mit der jährlichen Grippewelle zu rechnen ist, die das Gesundheitssystem jährlich stark beansprucht.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. dafür Sorge zu tragen, dass weiterhin eine ausreichende Bettenkapazität, insbesondere Beatmungsplätze, für COVID-19-Patienten vorgehalten werden,
2. dafür Sorge zu tragen, dass unter einer weiteren Infektionswelle der reguläre Krankenhausbetrieb so weit wie möglich fortgeführt werden kann,
3. bereits jetzt, möglichst unter Beibehaltung bisheriger Standorte, Standorte für Behelfskrankenhäuser festzulegen und die notwendigen Vereinbarungen mit den Kommunen zu treffen,
4. Testkapazitäten weiter auszubauen und diese darauf auszulegen, flächendeckend in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Schulen und Kitas testen zu können,
5. bei besonders vulnerablen Gruppen, beispielsweise in Pflegeeinrichtungen, regelmäßige präventive Testungen zu ermöglichen,
6. für sämtliches medizinisches Personal regelmäßige präventive Testungen zu ermöglichen,
7. den öffentlichen Gesundheitsdienst weiter zu stärken und hierfür schon im Nachtragshaushalt zusätzliche Mittel bereitzustellen,
8. sich auf die nächste saisonale Grippewelle vorzubereiten und hierfür zum einen eine Impfkampagne zu starten und zum anderen dem zu erwartenden Mangel an Impfstoffen entgegenzuwirken,
9. die Vorratshaltung bei Schutzkleidung und die Umsetzung von Hygienemaßnahme in Gesundheitseinrichtungen finanziell zu unterstützen und langfristig darauf hinzuwirken, dass sie Bestandteil der Vergütung werden,
10. den Aufbau telemedizinischer Angebote stärker voranzutreiben und hierzu einen Dialog mit den betroffenen Verbänden und Institutionen zu initiieren, um während der nächsten Grippe- bzw. Erkältungswelle eine erste Abklärung ohne Wartezimmerbesuch zu ermöglichen.

Christian Grascha

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 24.06.2020)